

hätte sogar damit gerechnet, den Kreisvorsitz anzutragen, ge aber besser geeignet. „Ich Bach fehle das „auf jeden tagswanukampl, in uem sie gdu, sei nicht ausgeglichen.“

MfA 26.1.15 Oberhaching ignoriert Riffel aus dem Landratsamt

Straßenausbau-Beitragsatzung ist für Bürgermeister Schelle derzeit kein Thema – Hohe Kreditaufnahme kein Indiz für Schiefelage

Oberhaching – Oberhaching will weiterhin auf eine Straßenausbau-Beitragsatzung (SABS) verzichten, obwohl das Landratsamt den mahnenden Zeigefinger hebt. Punktlich zu den Haushaltsberatungen hatte die Kreisbehörde in einem Brief den Erlaß einer SABS gefordert – sogar mit dem Hinweis auf strafrechtliche Verfolgung wegen Untreue, sollte die Gemeinde nicht alle Mittel ausschöpfen, um ihre Finanzen aufzubessern. Für Bürgermeister Stefan Schelle (CSU) „ist es wirklich der Gipfel, wenn mit Strafverfolgung gedroht wird“. Schelle beklagt, dass derzeit keine rechtsverbindliche Position zu dem Thema existiert.

In den Jahren 2014/15 nimmt die Gemeinde Oberhaching insgesamt 15 Millionen Euro an Krediten auf. Allein im laufenden Haushaltsjahr voraussichtlich 8,7 Millionen Euro. Trotzdem ist der Erlaß einer Ausbausatzung nicht geplant, um den Gemeindefiskus zu entlasten. „Unsere Finanzen sind geordnet und wir erzielen regelmäßig hohe Überschüsse“, erklärt Bürgermeister Schelle und ergänzt: „Es kann nicht sein, dass die Bürger für nachhaltige Investitionen in die Energiewende und die Bildung bestraft werden.“

Der Ausbau des geothermischen Fernwärme-Netzes in den vergangenen Jahren und der Neubau der Grundschule Deisenhofen kosten die Kom-



Legt die Politik hier Hand an beim Straßenausbau? Nein, das ist das Foto vom Spatenstich zum Wärmekraftwerk in Oberhaching. Für den Ausbau des Geothermie-Netzes muss die Gemeinde Kredite aufnehmen.

FOTO: DAVIES (ARCHIV)

mune über 50 Millionen Euro. Diese Summe kann nicht aus den Rücklagen gestemmt werden. Nach Ansicht Schelles sollte die Entscheidung über eine SABS von jeder Gemeinde in eigener Zuständigkeit getroffen werden können. Er berichtete, dass Oberhaching bei Anfragen für Zuschüsse, beispielsweise für den Bau von Einrichtungen für die Kinderbetreuung, regelmäßig von der Regierung Absagen erhält, weil „die finanzielle Lage der Gemeinde so gut sei“.

Die Beitragsatzung gibt der Gemeinde die Möglichkeit, die Bürger am Ausbau von Straßen finanziell zu be-



FOTO: DPA

Beiträge zum Straßenbau: Nicht in jeder Gemeinde werden Bürger zur Kasse gebeten.

Praktisch gesehen bedeute die Einführung der SABS „jede Menge Ärger, der einfach nicht dafür steht“. Es sei schwer zu vermitteln, dass ein Bürger nichts zahlen muss, weil seine Straße vor einem Jahr gemacht wurde. Der andere aber muss in die Tasche greifen. Auch die Frage, wie die betreffende Straße zu sanieren ist, sorgt nach Worten von Schelle für einen hohen Verwaltungsaufwand und eventuell enorme Anwaltskosten.

Der Bürgermeister hofft, dass der Landtag die rechtliche Situation klärt. Die CSU-Abgeordnete Kerstin Schreyer-Stäblein kündigte eine Anhörung zu diesem Thema an. Dabei sollen genauere Definitionen für die SABS-Einführung ausgearbeitet werden. Es gälte aber zu bedenken, dass die daraus resultierenden Entscheidungen ganz Bayern betreffen, und die Kommunen in den verschiedenen Landkreisen finanziell sehr unterschiedlich dastünden. „Finanzschwache Gemeinden werden sich schwer tun, die Kann-Regelung aufrecht zu erhalten“, sagte Schreyer-Stäblein. Für die Kommunen im finanzstarken Landkreis München gälte dies so nicht. Sie könne das Schreiben des Landratsamt an die Gemeinde Oberhaching nicht nachvollziehen: „Eine Kreditaufnahme bedeutet nicht zwingend, dass eine Gemeinde in einer schwierigen Finanzlage ist.“

BIRGIT DAVIES